

In den ersten Monaten der großen Koalition dominiert ein außenpolitischer Primat. Das überrascht, denn die Schlussphase der Regierung Rot-Grün und insbesondere der Wahlkampf standen im Zeichen der Innenpolitik. Die Bundeskanzlerin selbst hat die Initiative ergriffen, sie sorgt durch gelungene Antrittsbesuche im Ausland für einen furiosen Auftakt und überzeugt durch „freundliche Sachlichkeit und sanfte Entschlossenheit“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Februar 2006). Welche außenpolitischen Prioritäten setzt sie? Welche Interessenstruktur zeichnet sich für Deutschlands Außenpolitik ab?

Der Atomstreit mit dem Iran, die deutsche Beteiligung an der Kongo-Mission, Unruhen in Afrika und im Nahen Osten sowie eine neu empfundene energiepolitische Abhängigkeit Deutschlands erfordern Wandel und Neuorientierungen. Steht die deutsche Außenpolitik vor einem neuen Paradigmenwechsel wie seit dem 11. September 2001 und wie im Zuge der Zeitenwende 1990? Drei Schlüsselfragen müssen beantwortet werden: Was ist außenpolitisch möglich? Was findet innenpolitische Zustimmung? Und wie ist es um die außenpolitische Gemeinsamkeit in der Koalition bestellt?

Um wieder außenpolitisches Vertrauen herzustellen, konzentrierte sich Bundeskanzlerin Merkel vor allem in der Anfangsphase auf die Beruhigung der transatlantischen Turbulenzen, wie sie infolge des Irak-Krieges aufgetreten waren. Angela Merkel hat schnell reagiert und ver-

gangene Irritationen beseitigt. Bei ihrem ersten USA-Besuch sprach sie Guantánamo offen an, und Anfang Mai 2006 warnte sie vor Aggressivitäten gegenüber dem Iran. Intern wird durchaus kritisiert, nach außen bleibt der enge Schulterchluss gewahrt. Da in Großbritannien, Italien und Frankreich derzeit labile politische Verhältnisse herrschen, ist Angela Merkel auf dem besten Weg, für Bush zum zentralen europäischen Verbündeten aufzusteigen. Für grundsatztreue Atlantiker sind dies schwierige Zeiten in Politik und Wissenschaft, denn mit dieser Regierung in Washington lässt sich nur schwer vertrauensvolle, berechenbare und im Gemeinschaftsgeist geführte Politik durchsetzen. Besonders für enge Partner wie Deutschland haben sich die außenpolitischen Koordinaten in der transatlantischen Welt verschoben, Europa scheint mehr auf sich selbst gestellt. Angela Merkel steht für ein atlantisch verankertes Europa, doch sucht sie vor allem wirtschaftliche Erneuerung, damit der Kontinent im Zeitalter von Globalisierung wieder wettbewerbsfähig wird, auch gegenüber den USA. Als Wertegemeinschaft allein bleibt Europa unauffindbar, erst wenn es seine Interessen gemeinsam bündelt und dementsprechend machtpolitisch handelt, wird es in der Welt ein ernst zu nehmender Faktor. Vor diesem Hintergrund erscheint die Wiederbelebung des Verfassungsprozesses eher als zweitrangig. Frau Merkel weiß, dass die Schlüsselfragen der Integration erst nach den Regierungswechseln in Paris und London

angepackt werden können. In Paris griff sie Chiracs Formel von der deutsch-französischen Achse mit Bedacht nicht auf. Sie will sich von keinem vereinnahmen lassen. Distanz heißt für sie nicht Isolation oder nationaler Alleingang, sondern ist Voraussetzung für Handeln und Verhandeln im ausgleichenden Sinne, wie sie im Disput über den EU-Haushalt erfolgreich zeigen konnte. Mit Blick auf Europa wird Bundeskanzlerin Merkel vermutlich mit geringerem Zeitdruck und mehr Distanz die Probleme anpacken, dies gilt auch für das Beitrittsanliegen der Türkei. Wie die große Koalition grundsätzlich den europäischen Integrationsprozess im Spannungsfeld von Vertiefung und Erweiterung in Zukunft handhaben wird, können erst die kommenden Monate zeigen.

### Zusammenarbeit ohne Kumpanei

Mit Blick auf Russland betont Bundeskanzlerin Merkel vor allem die Kontinuität der strategischen Partnerschaft. Während Bundeskanzler Schröder mit Kritik gegenüber der Regierung Bush nicht sparte, allerdings gleichzeitig Putin zum lupenreinen Demokraten adelte, geht Bundeskanzlerin Merkel die Außenpolitik gegenüber den beiden Weltmächten sehr viel nüchterner an: Sie signalisiert zwar ein gesteigertes energiepolitisches Interesse, doch bleibt ihre Einstellung gegenüber Präsident Putin sachorientiert. In der Bundesrepublik wirft man den USA oft vor, Washington ginge es im Nahen Osten nur ums Öl. Ebenso lässt sich behaupten, Deutschland gehe es in seiner Russland-Politik nur ums Gas.

Zwar erwarten die Europäer viel von der deutschen Ratspräsidentschaft 2007, doch wird Deutschland diesen Erwartungen kaum gerecht werden können. Deutschland ist nicht mehr die Lokomotive, sondern der kranke Mann Europas. Die Kriterien des Stabilitätspaktes werden seit Jahren nicht eingehalten, Deutschlands Neuverschuldung hat zu-

genommen. Die ambitionierten wirtschaftspolitischen Ziele der großen Koalition müssen also auch im europäischen Rahmen nüchtern gesehen werden: Wer pleite ist, kann kaum Führungsansprüche erheben. Daher muss die große Koalition die wirtschaftspolitischen Herausforderungen konsequenter anpacken als die Vorgängerregierung. Doch die von Frau Merkel favorisierte Lissabon-Strategie als politisches Projekt betont Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum lediglich als freiwillige Selbstverpflichtung, taugt also nur begrenzt als integrationspolitisches Leitbild oder gar als europäisches Finalitätsszenario. Zum Schwerpunkt der Integrationsbemühungen der großen Koalition wird vermutlich eher die GASP/ESVP ausgebaut werden, wobei das Engagement im Kongo Aufschluss geben wird über Europas neuen Anspruch in der Weltpolitik.

Weltpolitisch wünscht Bundeskanzlerin Merkel ausdrücklich eine stärkere Rolle Deutschlands und Europas, nicht nur als Zivilmacht. Das erfordert eine Neugewichtung nationaler Interessen im weltweiten Maßstab und vor allem Gespür für die wachsende Stärke und Konkurrenzwilligkeit neuer Akteure. Darüber hinaus hat sich Berlin bei den neuen Krisen und Konfliktherden kräftig engagiert und tritt bei der Irankrise klug vermittelnd auf. Merkel und Steinmeier lehnen eine offizielle Vermittlerrolle ab, füllen sie aber in Wirklichkeit immer mehr aus. Selbst Teheran erkennt die ausgleichende Rolle Deutschlands an. Was die Vereinten Nationen angeht, bleiben sie für Deutschlands Rolle in der Welt zentral, doch hat Bundeskanzlerin Merkel sich von den hochfliegenden UN-Reformvorstellungen von Rot-Grün verabschiedet: Die Forderung nach einem nationalen Sitz für Deutschland im Sicherheitsrat scheint vom Tisch.

Gegen den Terrorismus leistet Deutschland unauffällig, aber kontinuierlich seine

Beiträge. Doch alte und neue Gefahren lauern: Der Balkan ist noch lange nicht befriedet, vor allem muss der völkerrechtliche Status des Kosovo geregelt werden. Im Nahen Osten sucht Deutschland mit der EU und den USA einen Neuanfang beim palästinensisch-israelischen Konflikt; seit dem Wahlsieg der Hamas im Frühjahr hat sich die Lage dort extrem verkompliziert. Mit ihrem frühen Antrittsbesuch in Israel zeigt Bundeskanzlerin Merkel großes Verständnis für die derzeitige israelische Interessenlage. Sie knüpft damit an alte Kontinuitätslinien deutsch-israelischer Freundschaft und Aussöhnung an, die von Konrad Adenauer begründet worden waren. Doch eine ausgewogene Nahost-Politik der EU darf nicht auf die Forderung nach Israels Rückzug aus den besetzten Gebieten verzichten. Mit Blick auf den Irak bestätigt Angela Merkel die Position ihrer Vorgängerregierung: Deutschland unterstützt den Aufbau demokratischer und wirtschaftlicher Strukturen, wird auch Soldaten und Polizisten trainieren und bei der Ausbildung von Hochschullehrern und Ingenieuren helfen; vor allem werden dem Irak Schulden in Höhe von 4,5 Milliarden Euro erlassen. Doch militärisches Engagement im Irak kommt für Deutschland, das ist konsequent, nicht infrage. In Afghanistan steht Deutschland vor schier unlösbaren Aufgaben, weil sich die Sicherheitslage verschärft hat, seitdem Kopfgelder auf deutsche Soldaten ausgesetzt werden und im Süden El Kaida und Taliban nun mit Irak-Erfahrung erneut tätig werden. Da der Norden Afghanistans die Hochburg der Gegner der Regierung Karsai bildet, haben auch dort die ISAF-Truppen wenig Handlungsspielraum. Der Opiumanbau floriert, War Lords kontrollieren den Drogenhandel. Das deutsche ISAF-Kontingent darf sich nicht in die Lokalpolitik einmischen und hat keinen Auftrag zur Drogenbekämpfung. In jüngster Zeit verschärfen sich die Auseinandersetzungen.

CIA und BND warnen nach jüngsten Anschlägen der radikal-islamischen Taliban auf Bundeswehrsoldaten in Afghanistan vor einer „Irakisierung“. Dazu haben vermutlich auch die in Europa veröffentlichten Mohammed-Karikaturen und vor allem der Fall des zum Christentum übergetretenen Abdul Rahman beigetragen. Deutschland unterstützt in Afghanistan keine Entwicklung zur freiheitlichen Demokratie, sondern einen streng islamistischen Staat ohne Religionsfreiheit.

### Engagement im Kongo

Von gänzlich anderem Zuschnitt ist das geplante Engagement im Kongo, das kontrovers diskutiert wird. Aus entwicklungspolitischen Motiven befürwortet Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul den Einsatz, auch Außenminister Steinmeier trägt diese Entscheidung mit. Kritisch verhielt sich zunächst Verteidigungsminister Jung, der zunächst keinen Hehl aus seinen Bedenken machte, jetzt aber unter dem Druck der Entwicklung den Einsatz hauptverantwortlich leitet. Die FDP lehnt den Kongo-Einsatz strikt ab, weil er wegen der unübersichtlichen und gefährlichen Lage nicht zu verantworten sei. Auch die Linkspartei/PDS wehrt sich gegen den Einsatz, ebenso Teile der Grünen und die CDU/CSU-Fraktion. Gegner und Befürworter argumentieren, und das ist neu, parteiübergreifend. Die Befürworter in der Union, in der SPD und bei den Grünen verweisen auf das deutsche Interesse an einer Stabilisierung des Kongo, auf den Reichtum an Bodenschätzen und die strategischen Rohstoffe. Außerdem befürchten sie bei einem Zerfall des Kongo neue Rückzugsräume für islamische Terroristen und Kriminelle. Für Zustimmung und Ablehnung gibt es gewichtige Gründe, doch ein Grundwiderspruch bleibt: Einerseits wird die Gefährlichkeit der Lage beschworen, andererseits werden die möglichen Gefahren heruntergespielt

und betont, dass es lediglich um Evakuierungs- und Sanitätsmaßnahmen gehen soll. Statt kraftvoll Ja oder deutlich Nein zu sagen, schob man in Europas Hauptstädten die Hauptverantwortung wie eine heiße Kartoffel hin und her. Schließlich blieb der ungeliebte Auftrag an den Deutschen hängen.

In dem lang glimmenden und jetzt dramatisch aufflammenden Konflikt um Irans Nuklearambitionen bemühen sich Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier engagiert um eine diplomatische Lösung. Leider hat sich seit dem Außenministertreffen in Berlin Ende März 2006 die Lage weiter verschärft. IAEO, UNO und die Staatengemeinschaft befinden sich in einer schwierigen Lage angesichts der Eskalationsspirale zwischen den USA und dem Iran. Da Wirtschaftssanktionen zweischneidig sind und ein Militärschlag unabsehbare Folgen für die Nahost-Region und das Verhältnis der muslimischen zur westlichen Welt hätte, bleibt lediglich die diplomatische Vorgehensweise, mit welcher der Iran zum Einlenken bewegt werden soll. Es gibt keine Beweise, dass der Iran gegen die IAEO-Regeln verstößt, aber Hinweise, dass der Iran vertragswidrig militärische Absichten verfolgt. Ob der Iran als Nuklearmacht ein rational kalkulierbarer Akteur bleibt und Atomwaffen lediglich als Abschreckungswaffe versteht, ist eine offene Frage. Vor diesem Hintergrund sind direkte Gespräche, vor allem der USA, mit dem Iran und die Berücksichtigung der iranischen Sicherheitsinteressen zwingend. Gerade mit Blick auf Israels Sicherheitsinteresse muss sich Deutschland seiner besonderen Verantwortung bewusst sein. Bundeskanzlerin Merkel hat daher Anfang Mai in Washington erneut unterschieden zwischen äußerer Solidarität mit den USA und der zwingenden Notwendigkeit, intern alles zu tun, um sowohl die USA als auch Israel von einer militärischen Option gegenüber dem Iran abzuhalten.

Ihre Forderung in Washington, dass „die Entschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft mit Geschlossenheit gezeigt werden muss“, markiert die optimale Verhandlungslinie.

## Neue Energiepolitik

Doch die entscheidende außenpolitische Veränderung zeigt sich im neuen Bewusstsein um Energieabhängigkeit, seitdem Russland droht, Europa den Gashahn abzudrehen und sich energiepolitisch einschüchternd geriert. Chinas eher lautlose, aber effektive weltweite Energiepolitik lässt ebenfalls aufhorchen. Auch der Iran ist nicht nur ein machtbewusster Staat mit Nuklearambitionen, sondern als Energieproduzent wichtig. Aus Lateinamerika droht ebenfalls Ungemach, da die Präsidenten von Venezuela und Bolivien mit der Verstaatlichung der Öl- und Gasexporte Ernst machen und vor Konflikten auf diesem Feld nicht zurückschrecken. Doch das gesamte neue Machtspiel um Erdöl, Erdgas und Pipelines ist für Deutschland noch Neuland. Dieser Entwicklung kann Deutschland allein mit gut gemeinter Kooperation und multilateralen Beschwichtigungsvorschlägen nur unzureichend begegnen. Deutschland darf sich energiepolitisch nicht von autoritären Regimen abhängig machen.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier nach einer neuen Energiepolitik dringlich, um Deutschlands Zukunft als Industrienation zu sichern. Kluge Energiepolitik in der Welt, technologische Innovationen und vor allem eine Neubesinnung auf die Kernkraft sind gefordert. Doch in der großen Koalition scheiden sich die Geister an der Kernkraft. Während in den Unionsparteien und in der FDP diese wieder positiv bewertet wird, bleibt der Koalitionspartner SPD beim Nein und wird von den Grünen nachhaltig unterstützt. Damit liegt die große Koalition quer zum weltweiten und

europäischen Trend, wo die Atomkraft im Aufwind gesehen wird. Eine mutige energiepolitische Neuorientierung tut deshalb Not. Weniger Abhängigkeit von Russland und eine positive Bewertung der Atomkraft würden Deutschland energiepolitisch stärken, europäisch ausrichten und seine weltweit führende Rolle im Bereich der Energietechnologien sichern. Doch muss Deutschland vor allem ökonomisch wieder auf die Beine kommen. Deshalb will Bundeskanzlerin Merkel die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit und das deutsche Selbstvertrauen als Grundvoraussetzungen für kraftvolle Außenpolitik wiederherstellen.

Die Absicht ist lobenswert, doch die bisherigen Maßnahmen und wirtschaftspolitischen Reformansätze erscheinen unzureichend. Deutschland ist noch nicht gewappnet für das neue Zeitalter der Globalisierung, hat seine neue Rolle in der Welt noch nicht gefunden. Die Notwendigkeit der nationalen Selbstbehauptung in der internationalen Politik ist bei Eliten und Bevölkerung noch nicht voll erkannt worden. Auch zeigt die Debatte um den Einsatz im Kongo, dass die Außenpolitik der Großen klarer definierter Interessenbestimmung und zeitgemäßer Konzepte bedarf.

Vorausschauende Politik ist gefragt, die auch innen- und koalitionspolitisch abgestützt ist. Ansonsten könnte die Koalition eines Tages mit dem Dilemma konfrontiert werden, die außenpolitische Spaltung zu riskieren, etwa wenn die Kernkraftbefürworter mit Nachdruck eine Wende fordern oder wenn amerikanischer Unilateralismus oder russischer Chauvinismus einen Keil zwischen Union und Sozialdemokraten treiben sollte. Auch deshalb versucht Bundeskanzlerin Merkel konsequent ihre Strategie des Ausklammers durchzusetzen. Diese im Prinzip richtige Einstellung könnte jedoch auf Kosten von Deutschlands Zukunftssicherung gehen.

Das Zeitalter der Sicherheit ist spätestens seit dem 11. September 2001 verflogen: Alle abendländisch-christlich geprägten Industrienationen sind mit neuen Herausforderungen konfrontiert, doch Eliten und Bevölkerung, vor allem in Deutschland, wiegen sich nach wie vor in fadenscheiniger Sicherheit. Doch der Balkan glimmt direkt vor unseren Toren weiter vor sich hin, Afghanistan könnte am Vorabend einer gefährlichen Irakisierung stehen, der Irak versinkt im Bürgerkrieg. Der Iran wird immer mehr zum Brennpunkt einer Krise, die die Nahost-Region erschüttern könnte. Hinzu kommt, dass das neue energiepolitische „great game“ das Staatensystem revolutioniert und gerade die großen Mächte zu neuer Rücksichtslosigkeit verführt. Europa, das zeigt nicht nur das Verfassungsdebakel, kann sich allein als zivilisatorisches Vorbild nicht behaupten, zumal der vorbildliche Gemeinschaftsgeist zunehmend Verwahrlosungstendenzen gewichen ist. Dass Erweiterung und Vertiefung der EU zugleich durchsetzbar sind, ist mittlerweile zur zentralen Lebenslüge der europäischen Integration geworden, an der vor allem in Deutschland im Geiste von *Political Correctness* natürlich nicht gerüttelt wird.

## Realitäten erkennen

Immer weniger Toleranz, immer mehr Hypernationalismus, zum Teil religiös aufgeladen, drängt in die Weltpolitik. Wir ahnen alle eine neue kulturelle, religiöse Konfliktdimension, die, der Karikaturenstreit deutete es an, unverhofft wieder auftauchen könnte. Es wird Zeit, dass die Regierenden, nicht nur in Berlin, die neuen Realitäten erkennen und nüchterne Schlussfolgerungen ziehen. Nicht mehr falsch verstandene Toleranz, sondern nachhaltige Selbstbehauptung ist gefragt, dazu gehört, dass man sich der eigenen Wertegrundlagen und Interessennotwendigkeiten bewusst wird.